

**Europäische Strukturfonds 2007 - 2013
Regionalkonferenzen / Workshops 2005**

Workshop mit den Landtagsabgeordneten am 07.09.2005

Vortrag Minister der Finanzen, Herr Prof. Dr. Paqué

Thema: „Verhandlungsstand auf europäischer Ebene, die Bedeutung der EU-Fonds für zukünftige Haushalte des Landes“

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Sie erwarten heute von uns Informationen zu einem sehr wichtigen Thema: Es geht um die EU-Förderperiode 2007 – 2013! Und ich bin Ihrer Bitte nach einer solchen Veranstaltung sehr gerne nachgekommen. Zu diesem Thema müssen wir als Land Sachsen-Anhalt im Verlauf der nächsten 12 Monate viele Entscheidungen treffen. Es lohnt sich daher, dass wir uns austauschen und über die vorliegenden Ergebnisse und Daten diskutieren.

Wir können nur versuchen, aus vorliegenden Rahmendaten Prognosen zu erstellen. Dies betrifft das Land: Was brauchen wir eigentlich? Dies betrifft die EU: Wie viel wird sie uns an Mitteln geben? Ähnliches gilt für den Bund: Was und zu welchen Bedingungen werden wir von ihm erhalten?

Wie Sie wissen kam es im Juni nicht zu einer Einigung über den luxemburgischen Vorschlag. Nun, Herr Blair ist als Ratspräsident jetzt selbst aufgerufen, einen Kompromiss auszuhandeln. Es scheint allerdings, dass die Briten es nicht gerade eilig damit haben, den gordischen Knoten zu lösen. Falls dem so wäre, werden wir auf die Österreicher warten müssen. Damit wird es vor unserer Landtagswahl keine sicheren Daten mehr geben. Dies wird dann auch den ELER – das Programm für den ländlichen Raum – betreffen! Bisher hatten sich die

Agrarpolitiker das ehrgeizige Ziel gesetzt, alle Programme noch vor Ostern 2006 der EU-Kommission vorzulegen.

Was heißt das nun für uns?

Das heißt nicht, dass wir Zeit gewonnen hätten! An unserem Terminplan müssen wir trotzdem festhalten. Sie sollten jeden, der abwinkt und meint 2007 sei noch lange hin, daran erinnern, dass wir 2007 nur gut starten können, wenn wir einen entsprechend aufgestellten Landeshaushalt haben werden. Bekanntlich wird das Haushaltsaufstellungsverfahren wie immer im ersten Quartal des Vorjahres also 2006 beginnen. Wenn Sie so wollen: Wir befinden uns unmittelbar davor. Dies heißt also, dass wir in unsere Haushaltsplanungen gehen müssen, ohne die Eckdaten der europäischen Zuschüsse zu kennen.

Wir können das Land Sachsen-Anhalt mit einem Investor vergleichen, der sein Unternehmenskonzept vorlegen soll, ohne zu wissen wie spendabel sich Zuwendungsgeber und Banken verhalten werden. Ein Abwarten ist nicht möglich, denn die nächste Bauphase steht an und kann nicht aufgeschoben werden.

Was ist also jetzt zu tun? –

Wir werden Mittel erhalten, das ist sicher! Wir wissen aber nicht wie viele! Wir wissen auch nicht, ob wir weiterhin ein einheitliches Fördergebiet sein werden. Es besteht – auch das wissen Sie – durchaus die Gefahr, dass der alte Regierungsbezirk Halle aus der Ziel 1-Förderung herausfällt. Für den Fall, dass Halle die magische Grenze von 75 % des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Einkommen überspringt, dann werden sich für Sie als Abgeordnete und für uns als Regierung Planung und Durchführung der Förderprogramme weiter erschweren.

Für Halle hätten wir dann einen eigenen Finanzplan aufzustellen. Die Mittel für Halle würden dabei nicht mehr so kräftig sprudeln wie für den Rest des Landes und auch nicht mehr so lange. Weiter könnte sich die Ziel 1 a-Eigenschaft für Halle auch beihilfenrechtlich negativ auswirken. Nicht wenige sprechen sich dafür aus, die höchsten Beihilfesätze für Bewilligungen alleine den Ziel 1-Gebieten vorzubehalten. Halle als Ziel 1 a-Gebiet, würde dann außen vor bleiben. Das bedeutet, dass Investoren nur noch geringere Zuschüsse für ihre Investitionen erhalten können.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ein Ziel 1 a-Gebiet Halle würde auf jeden Fall bedeuten, dass Sie im Landeshaushalt mehr Haushaltspositionen vorfinden werden als zur Zeit. Wir sind verpflichtet, die Förderung regional zu unterscheiden und entsprechend abzubilden. Dies müssen wir so vornehmen, dass die unterschiedlichen Geldquellen und alle EU-Programme jedes für sich nachvollziehbar bleiben. Im EU-Haushalt wird das sieben Jahre so sein müssen, bei uns wegen n+2 sogar neun Jahre lang.

Was dies bedeutet, zeigt Ihnen die aktuelle Förderperiode. Die EU-Zuschüsse betragen zur Zeit 3,5 Mrd. EUR. Mit dem OP sollten ursprünglich knapp 9 Mrd. EUR umgesetzt werden. Die öffentlichen Mittel waren am 31.07.05 zu 84 % bewilligt und zu 53 % gezahlt. Das Investvolumen der bereits bewilligten Projekte beläuft sich heute schon auf mehr als die geplanten 9 Mrd. EUR, es sind bereits annähernd 10 Mrd. EUR.

Die erfolglosen Verhandlungen der luxemburgischen Präsidentschaft unter Herrn Juncker könnten für uns ausnahmsweise allerdings auch etwas Gutes haben. Jede Medaille hat eben zwei Seiten. Sollten nämlich die statistischen Daten eine leichte Veränderung zu unseren Gunsten aufweisen, könnte es durchaus passieren, dass für Halle der Ziel 1-

Status erhalten bliebe. Wir werden abwarten müssen. Eines aber brauchen wir nicht in Betracht ziehen: Brüssel wird ausschließlich formal entscheiden. Niemand wird uns oder den Hallensern zu liebe „Gnade vor Recht ergehen lassen“ und die Zahlen nach Unten abrunden. Eine Überschreitung ist für Brüssel eine Überschreitung und sei sie noch so klein!

Unabhängig vom Ausgang um Halle werden wir nicht länger ein einziges Operationelles Programm haben. Nicht länger wird die Regierung Ihnen gegenüber zu einem Programm allein zu berichten haben. Wir benötigen wie schon 1994 – 1999 für jeden Fonds ein Programm. Sollte Halle Ziel 1 a-Gebiet werden, dann für jeden Fonds zwei Programme!

Parlament und Regierung werden es somit mit drei oder gar sechs Programmen zu tun haben. Es gilt dann deren Planungsinhalte und den Umsetzungsfortschritt im Auge zu behalten. Diese müssen Grundlage der jährlichen Landeshaushalte sein.

Auch eins ist klar: Die EU-Mittel sind für uns unverzichtbar. Unser finanzielles Korsett ist eng geschnürt. Wir werden zu tun haben, bei Puste zu bleiben. Die Landesregierung hat in den letzten drei Jahren alles getan, um den Haushalt zu konsolidieren. Die Ausgaben Positionen haben wir deutlich und spürbarer reduziert, als noch 2002 ins Auge gefasst. Aber, was nutzt es, den Gürtel enger zu schnallen, als geplant, wenn die Einnahmen wegen immenser Steuerausfälle jede Einsparung auf der Ausgabenseite sofort wieder zunichte machen und sogar darüber hinaus?

Lassen Sie mich nun aber den Blick nach vorne richten. Die Haushaltssituation bedarf weiterer Einsparungen. Natürlich heißt dies

weiter Kürzung bei den Personalkosten, hier können wir bei dem Erreichten nicht stehen bleiben. Bitte halten Sie sich vor Augen...

Die Einnahmen von Seiten des Bundes werden zunehmend geringer ausfallen. Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir werden den aufgelaufenen Schuldenberg absolut abbauen müssen, damit die Pro-Kopf-Verschuldung wenigstens konstant bleibt und nicht noch weiter ansteigt!

Die prekäre Haushaltssituation zeigt, dass die EU-Mittel den einzigen nennenswerten Spielraum für eine gestaltende Förderpolitik darstellen werden. – Wir werden weniger Mittel erhalten, vielleicht bis zu einem Drittel weniger! Zusammen mit der Kofinanzierung, die wir selbst stellen, werden die EU-Mittel der Rahmen einer zukunftsweisenden eigenen Regional- und Arbeitsmarktpolitik sein und auch die Politik für die ländlichen Räume bestimmen. Es ist also folgerichtig, dass wir einander heute treffen.

Drei oder gar sechs Programme muss das Land in 2006 bei der EU-Kommission einreichen. Wir werden uns nicht den Luxus leisten können, unkoordiniert Förderinhalte parallel und konkurrierend über diese Programme zu fördern. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass die Staatskanzlei die inhaltliche Koordination der Programmierung aller EU-Programme in die Hand genommen hat. Hatten wir bisher fünf inhaltliche Schwerpunkte (Gewerbe, Infrastruktur, Umwelt, Arbeitsmarkt, ländlicher Raum), so können es in Zukunft 10 oder gar mehr sein. Die Verhandlungen laufen. Bund und Länder wollen die Zahl der Schwerpunkte klein halten. Die EU-Kommission will eine feinere Gliederung, um darüber mehr Informationen über das Fördergeschehen in Europa auswerten zu können.

Die möglichen Inhalte der Schwerpunkte können Sie den zur Zeit noch diskutierten Verordnungsentwürfen sowie den strategischen Leitlinien entnehmen. Es geht um die altbekannten Ziele wie Wachstum und Beschäftigung, Mittelstand, Bildung, Innovation, Forschung und Entwicklung, Transeuropäische Netze. Natürlich muss sich alles der Forderung auf „Nachhaltigkeit“ stellen. Ich will die Reihe hier abbrechen. Die Staatskanzlei koordiniert den inhaltlichen Dialog auf Ebene der Landesregierung. Herr Scharr, der zuständige Referatsleiter der Staatskanzlei, wird Ihnen die von ihm vorbereiteten Zwischenergebnisse im Verlauf unserer Veranstaltung vorstellen. Neben den Zielen der EU-Verordnungen werden wir auch das Ziel der Haushaltskonsolidierung im Auge behalten müssen, ohne dieses allerdings zum programmatischen Inhalt unserer EU-Programme machen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,
die Schwerpunktsetzung ist wichtig. Sie wird uns aber alleine nicht weit genug bringen. Die Frage, die Sie als Abgeordnete und ich als Finanzminister stellen lauten:

- Wie viel Geld haben wir?
- Wofür? und
- Wo finde ich dieses im Landeshaushalt wieder?

Uns wird nichts anderes übrig bleiben, als die großen Linien der Prioritätensetzung immer weiter aufzudröseln. Wir müssen bis auf die Ebene der Landeshaushaltstitel vordringen und vermutlich sogar noch tiefer – bis zu den Unterkonten.

Wir haben seit 2003 konsequent daran gearbeitet, eine eindeutige Zuordnung von Mitteln im Landeshaushalt und Inhalten des Operationellen Programms zu ermöglichen. Es darf nicht wie zu Beginn

der Periode zu einer Vermischung von EU- und nicht EU-Mitteln kommen. Wir schaffen Transparenz: Planung – Bewilligung und Zahlung von Mitteln über den Landeshaushalt müssen die verbindlich durch Brüssel zugesicherten Einnahmepositionen im Operationellen Programm beachten.

Es gibt nicht wenige, die abwinken und darauf verweisen, dass man das nicht so „bürokratisch“ sehen müsse. Das ginge doch wohl auch einfacher! Sehr geehrte Damen und Herren, wer auf diese Stimmen hörte, der würde sich in Zukunft auf diese allein verlassen müssen. Na und?! – Höre ich Sie fragen. Es liegt doch wohl auf der Hand, dass es den Referatsleitern in den Ministerien lieber ist, das Informationsmonopol zu besitzen. Es ist nicht jedem angenehm, sich zum Umsetzungsstatus laut efREporter verantworten zu müssen. Dessen Zahlen alleine sind wirklich relevant, denn nur auf dessen Zahlen können wir Erstattungszahlungen bei der EU-Kommission beantragen und die dringend benötigten Einnahmen erzielen.

Dabei gilt das Erstattungsprinzip. D. h., das Land muss auch die EU-Mittel vorfinanzieren. Kann es seine Ausgabe gegenüber der Europäischen Kommission nachweisen, erhält es für den EU-Anteil des Finanzplanes die Erstattung. Bis zur Erstattung muss das Land die notwendige Liquidität vorhalten. Als Liquiditätshilfe werden wir allerdings auch wieder mit einer Vorauszahlung der EU zum Start der Periode rechnen können. Diese wird wiederum nicht an bereits getätigte Zahlungen unsererseits geknüpft sein.

Die EU wird Mittel ausschließlich in dem vom Finanzplan vorgesehenen Beteiligungsverhältnis erstatten. Nie mehr – allenfalls weniger! Halten wir uns bei der Haushaltsaufstellung oder halten sich die auszahlenden

Stellen nicht an das geplante Verhältnis, kommt es zu den sogenannten Disproportionen. Wird disproportional vorfinanziert, also z. B. wir zahlen zuviel Landesmittel, wird dieser überschießende Betrag nicht seitens der EU erstattet. Der mit der EU abgestimmte, mehrjährige Finanzplan ist für uns Grundlage der Erzielung unserer Einnahmen. Disproportionen können zu verspäteten Einnahmen des Landes führen und sie erschweren die folgenden HH-Aufstellungsverfahren.

Dies alles ist eng mit der heutigen Veranstaltung verbunden. Dieses hohe Haus wird in 2006 die Haushalte 2007 und 2008 aufzustellen haben. Schwerpunkte und Maßnahmen sind dazu ein erster Schritt. – Noch lange aber nicht der letzte! Mit der Finanzausstattung von Schwerpunkten und Maßnahmen werden wir gemeinsam die großen politischen Weichenstellungen vornehmen. Es geht nicht darum, ob wir Projekt A oder Projekt B fördern, es geht darum welche Politikfelder geeigneter sind, unser Land nachhaltig auf dem eingeschlagenen Wachstums- und Beschäftigungskurs zu halten. Es geht um die Finanzausstattung der Schwerpunkte und Maßnahmen über 9 Jahre.

Trotz aller Vorgaben – EU- und Landeshaushaltsseitig – werden wir viele Spielräume behalten. Dies müssen wir auch nutzen. Um dies tun zu können, brauchen wir detaillierte und zeitnahe Informationen zum Fördergeschehen. Gleichzeitig werden wir die Planungen im Laufe der Jahre nur dann wirklich an die Realität anpassen können, wenn wir bereit sind Entscheidungen zu treffen. Dabei wird es morgen wie heute nicht nur Gewinner geben können.

Die unter diesen Gesichtspunkten entstehenden EU-Programme werden den Rahmen für künftige Haushaltsaufstellungen vorgeben. Wir nehmen dies sehr ernst. Ich habe daher als der für die EU-Verwaltungsbehörde zuständige Minister in Abstimmung mit Staatskanzlei und allen Fachressorts Anhörungen in den Teilregionen des Landes veranlasst.

Teilnehmer waren Vertreter der im Regionalen Begleitausschuss vertretenen Spitzenverbände der Wirtschafts- und Sozialpartner. Laut EU-Verordnungen sind sie bei allen Programmierungsfragen und während der Programmumsetzung zu beteiligen. Dies wird die EU-Kommission gewissenhaft abprüfen, wenn wir die Programme einreichen. Die Ergebnisse der Veranstaltungen können Sie im Internet einsehen.

Auch an diesem Vorgehen entzündet sich Kritik. Ich stehe zu meiner Entscheidung! Wer von uns wäre heute hier, wenn diese regionalen Anhörungen nicht stattgefunden hätten? Ich kann Ihnen Kritiker aus den Reihen der Referatsleiter nennen, die lieber hinter verschlossenen Türen bleiben würden. Es gibt sogar Kritiker aus den Reihen der Wirtschafts- und Sozialpartner. Diese beschwerten sich, dass sie zu wenig gehört würden und wenn sie gehört wurden, dann vermissen sie, dass die Regierung kein fertiges Programm vorlegt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich will Herrn Dr. Kendschek von EMPIRICA nicht vorgreifen. Er wird die Ergebnisse der Wirtschafts- und Sozialpartnerbeteiligung gleich im Anschluss vorstellen. Es hat sich aber gezeigt, dass es uns allen leicht fällt, Wünsche in die Diskussion einzubringen. Es fällt uns dagegen schwer, die Vielzahl der Wünsche zu ordnen und finanziell zu gewichten.

Ich danke daher ausdrücklich den Vertretern der Wirtschafts- und Sozialpartner, die sich wie wir der Herausforderung stellen. Ich danke denen, die nicht das Handtuch warfen, sondern sich durchgebissen haben und Vorschläge für die Gesamtverteilung der Mittel machen.

Wichtige Ergebnisse der durchgeführten Arbeitssitzungen sind:

- Das Verständnis der Beteiligten zu den Programmierungsverfahren ist erhöht.

- Es sind regionalen Unterschiede feststellbar
- Es liegen einige Hinweise für eine mögliche finanzielle Gewichtung vor.

Es gehört Mut dazu, solche Hinweise zu geben. Es bedeutet, sich nicht als Lobbyist für den Lieblingspolitikbereich zu verstehen. Es ist ja nicht leicht, jedermanns Liebling zu sein. Als Finanzminister weiß ich, wovon ich rede.

Die erzielten Ergebnisse wird die Landesregierung aufnehmen und sich argumentativ damit auseinandersetzen. Die Wirtschafts- und Sozialpartner werden uns weiterhin kritisch begleiten. Begleiten wird uns auch die EU-Kommission, die Anhörungen und unseren Dialog mit großem Interesse verfolgt und ausdrücklich begrüßt.

Die heutige Sitzung dient dazu, Sie über die bisherigen Schritte zu unterrichten. Ich freue mich auf diesen Austausch und dass Sie unser Angebot so zahlreich angenommen haben.

Zunächst wird nun Herr Dr. Kendschek die Arbeit mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern des Regionalen Begleitausschusses vorstellen. Daran anschließend wird Herr Scharr, den bisherigen Stand der bis heute verwaltungsinternen Überlegungen vorstellen. Im letzten Punkt der Tagesordnung sollten Sie alle hier die Zeit nutzen, die vorgestellten Punkte zu diskutieren und auch aus Ihrer Sicht Ergänzungen vorzunehmen. Die Veranstaltung wird mit einer Verständigung zu den weiteren Schritte abschließen.

Leider kann ich selbst nicht bis zum Ende bleiben, Herr Staatssekretär Koehler wird Ihnen aber gemeinsam mit meinen Mitarbeitern aus der EU-Verwaltungsbehörde zur Verfügung stehen. Ich wünsche unserer Veranstaltung einen guten Verlauf und viel Erfolg.